

22.12.2016

Niederschrift 004/2016

Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr
am 23.11.2016 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 18:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Herbert Krusel

Kreistagmitglieder SPD

Frau Jasmin Beisenherz

Herr Martin Blom

Herr Bernd Engelhardt

Herr Dieter Mendrina

Frau Renate Schmelzter-Urban

Herr Uwe Zühlke

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Klaus Kuhlmann

Kreistagmitglieder CDU

Herr Günter Bremerich

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Martin Niessner

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Marion Küpper

Anwesend bis 18:00 Uhr

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Helmut Rosenkranz

Stellvertretendes Mitglied

Herr Udo Holz

Vertretung für Herrn Thomas Blaschke

Herr Udo Kalle

Herr Christian Roß

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Rainer Seepe

Verwaltung

Herr Dirk Wigant, Dezernent

Herr Ferdinand Adam, Fachbereichsleiter

Herr Günter Sparbrod, Fachbereichsleiter

Herr Georg Jürgen Wirth, Sachgebietsleiter

Herr Jens Bongers, Leiter Leitstelle
Herr Ulrich Peukmann, Kreisbrandmeister
Frau Cornelia Wagner, Schriftführerin

Herr Krusel begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 10.11.2016 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | | Produkthaushalt 2017 |
| Punkt 2.1 | 161/16 | Produkthaushalt 2017 - Budget 32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung |
| Punkt 2.2 | 162/16 | Produkthaushalt 2017 - Budget 36 Straßenverkehr |
| Punkt 3 | | Aufenthaltsbeendende Maßnahmen: Daten und Fakten über die Rückführungspraxis im Kreis Unna;
mündlicher Bericht |
| Punkt 4 | | Krisenmanagement des Kreises Unna im Zusammenhang mit dem Telefonnetzausfall am 03.11.2016;
mündlicher Bericht |
| Punkt 5 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|--|
| Punkt 6 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|--|--|

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 Produkthaushalt 2017

Punkt 2.1 161/16 Produkthaushalt 2017 - Budget 32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Erörterung

Herr Wigant erläutert ausführlich die konsumtiven und investiven Ansätze des Fachbereiches 32 für 2017 anhand einer Präsentation (s. Anlage 1). Unter Einbeziehung des neuen Sachgebietes 32.4 falle das Planergebnis 2017 für den gesamten Fachbereich nach internen Leistungsverrechnungen gegenüber dem Jahr 2016 um 257.000 Euro schlechter aus. Die Gründe hierfür lägen vor allem in den steigenden Personalkosten aufgrund der Tarifabschlüsse/Besoldungserhöhungen sowie der Einrichtung weiterer Stellen. Seien die Personalkosten insgesamt im Kreishaushalt um rund vier Prozent gestiegen, verzeichne der Fachbereich 32 eine Steigerung von 7,6 Prozent. Aufgrund eines in 2016 für die Leitstelle erstellten Gutachtens seien vier weitere Stellen eingerichtet worden, u. a. auch für die neue Aufgabe „Digitalfunk“. Für den Ausländerbereich habe man 1,4 Stellen neu eingerichtet. Mit dem neuen Stellenplan beantrage man die Einrichtung von zwei weiteren Stellen im Bereich der Erstaufnahmeeinrichtung. Herr Wigant weist darauf hin, dass der Kreis damals entgegen der Forderung des Landes von vorn herein zwei Stellen weniger eingerichtet habe unter dem Hinweis darauf, dass die Zahlen deutlich zurückgegangen seien. Die Forderung des Landes bestehe nach wie vor, da der Kreis voraussichtlich zum 01.07.2017 die einzige Erstaufnahmeeinrichtung für den Regierungsbezirk Arnsberg werde und deshalb mit einer vermehrten Nachfrage zu rechnen habe. Zudem werde eine weitere Stelle im Ausländerwesen für den Bereich der aufenthaltsgestaltenden Maßnahmen beantragt. Die Entwicklung der Ausländerzahlen und Planstellen sowie die Betrachtung einzelner Ergebnispositionen für den gesamten Fachbereich 32 betreffend, erläutert Herr Wigant ausführlich die Folien 4 bis 16 der Präsentation. Besonders hervorzuheben seien die Investitionen 2017 im Fachbereich 32 (Folien 17 bis 20). So müsse für den Bereich „Abschiebung“ ein neues Fahrzeug (65.000 Euro) beschafft werden. Man sei zurzeit dabei, die Redundanzleitstelle in Lünen zu errichten. Um den Verpflichtungen der Aufzeichnung von Notrufen nachkommen zu können, müsse eine Erweiterung der Langzeitdokumentation zur Anbindung des Digitalfunks in beiden Leitstellen für 75.000 Euro vorgenommen werden. Des Weiteren sei ein gebrauchter Rettungswagen für 100.000 Euro als drittes Fahrzeug anzuschaffen. Die Anschaffung eines vierten Fahrzeuges sei zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen. Herr Wigant erläutert die weiteren Investitionen (Folie 21).

Er habe gehört, berichtet Herr Zühlke, dass nicht nur ein RTW angeschafft werden solle, sondern auch ein zweites Angebot für einen KTW vorliege. Da die Anschaffung des RTW günstiger sei, als geplant, solle das vierte Fahrzeug, wie im Vorfeld angekündigt, möglicherweise zeitnah angeschafft werden. Hierzu wolle er wissen, welche Ausstattung vorliege und ob eine entsprechende Personalausstattung gegeben sei. Er gebe zu bedenken, ob es nicht sinnvoll sei, die Anschaffung des vierten Fahrzeuges zu schieben und das Geld stattdessen in eine Rücklage fließen zu lassen.

Herr Adam antwortet darauf, dass man von den vier vorzuhaltenden RTW lediglich über zwei Fahrzeuge verfüge, weshalb nun der dritte RTW angeschafft werden solle. Es handele sich nicht um den originären Rettungsdienst, sondern um einen Patiententransportzug im Rahmen der Landesbereitschaft. Deshalb be-

nötige man hier keine neuen Fahrzeuge. Ein Anbieter, der privat Rettungsdienst fahre, habe geäußert, dass er zum Sommer 2017 ein gebrauchtes Fahrzeug zum Kauf stellen könne. Unter Umständen könne er auch einen KTW anbieten zum Preis von unter 10.000 Euro. Der Kreis habe signalisiert, dass zunächst die Genehmigung des Haushaltes abgewartet werden müsse, ob die Anschaffung des RTW tatsächlich weiter bestehen bleibe und wie hoch die Anschaffungskosten für den RTW seien. Erst dann könne man darüber entscheiden, ob das vierte Fahrzeug mit erworben werde. Auf die Frage zum Personal antwortet Herr Adam, dass es sich auch hier nicht um den originären Rettungsdienst handele, sondern dass die Bereitschaft vom Rettungsdienstzug besetzt werde, wo man – ausnahmsweise – eine gute Personalausstattung vorhalte.

Herr Peukmann ergänzt, dass hier weitere Hilfsorganisationen eingebunden seien. Diese besetzten aus fachlicher Sicht die RTW. Die Hilfsorganisationen DRK und Malteser Hilfsdienst seien mit KTW an diesem Patiententransportzug beteiligt. Sie gehörten nicht zum Regelrettungsdienst, sondern würden nur im Bedarfsfall alarmiert. Er betont, dass es sich hier ausschließlich um ehrenamtlich Tätige handele.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Produkthaushalt 2017 – Budget 32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung - zur Kenntnis.

Punkt 2.2 162/16 Produkthaushalt 2017 - Budget 36 Straßenverkehr

Erörterung

Herr Wigant erläutert den Produkthaushalt 2017 – Budget 36 – ausführlich anhand einer Präsentation (s. Anlage 2). Er rechne mit einem starken Zuwachs der ordentlichen Erträge in 2017; allerdings würden auch die Aufwendungen, insbesondere die Personal- und Versorgungsaufwendungen, überdurchschnittlich steigen. Dies hänge jedoch nicht mit der Mehrausweisung von Stellen, sondern vielmehr mit dem Hochrechnungsmodus zusammen, den Herr Wigant darlegt. Der Fachbereich leide unter einer starken Fluktuation. Hier seien regelmäßig Stellen doppelt besetzt oder gar nicht. Folie 4 der Präsentation zeige, dass trotz einer Personalkostensteigerung durch zwei Tarifierhöhungen insgesamt ein Ergebnis geplant werde, das um fast 100.000 Euro besser sei als 2016. Herr Wigant erläutert nun ausführlich die Erträge und Aufwendungen, das Planergebnis nach Sachgebieten, die Stellenentwicklung sowie die Betrachtung einzelner Ergebnispositionen (Folien 4 bis 12). Die Investitionen betreffend (Folie 13), führt er zum Erwerb von Soft- und Hardware für i-KFZ Stufe III aus. Es handele sich dabei um ein Projekt, das im Jahr 2018 in die letzte Stufe gehen werde. Hier bestehe zurzeit jedoch das Problem, dass kaum jemand diesen Service annehme. Herr Wigant macht deutlich, dass es sich bei dem Fachbereich 36 um den einzigen mit positivem Deckungsbeitrag im Kreishaus handele. Er geht dann auf das Fazit zum Haushalt und die Schwerpunkte 2017 (Folien 14 bis 16) ein. Besonders hebt er die Personalsituation im Fachbereich hervor, der innerhalb eines Jahres rund ein Viertel seines Personals gewonnen bzw. abgegeben habe, wovon allein 13 Mitarbeiter auf die Zulassungsstelle entfielen. Hier habe in einem Jahr jede/r Dritte gewechselt. Die dadurch erforderlichen Neubesetzungen, Einarbeitungen und möglichen Vakanzen hätten sich mittlerweile zu einem großen Problem entwickelt, was die Arbeitsfähigkeit angehe. Man müsse hier eine Einarbeitungsdauer von vier bis sechs Monaten zugrunde legen.

Herr Zühlke möchte zur Personalsituation in der Zulassungsstelle wissen, welche Möglichkeiten die Verwaltung sieht, dieser Situation entgegenzutreten.

Herr Wigant erinnert an frühere Verabredungen darüber, dass Mitarbeiter dort eine gewisse Verweildauer absolvieren müssten. Somit toleriere man nicht mehr, dass diese Mitarbeiter sich kurz nach der Einarbeitung

direkt auf eine nächsthöher dotierte Stelle bewerben würden. Er erklärt hierzu die allgemeine Personalsituation beim Kreis und die hier im Angestelltenbereich vorherrschenden Möglichkeiten hinsichtlich einer internen Bewerbung. Zurückkommend auf die Möglichkeiten erklärt er, dass man die Verweildauer von drei Jahren tatsächlich einhalten müsse, was eine fachbereichsinterne Bewerbung auf höhere Stellen jedoch nicht ausschließe. Man könne auch Stellen so strukturieren, dass man im Fachbereich über mehr Stellen mit Entgelt Gruppe 8 verfüge, was jedoch bedeute, dass in anderen Fachbereichen auch Eingangsstellen nach EG 6 vorhanden seien. Zumeist verfügten die anderen Fachbereiche nicht über solche Eingangsstellen. Auch die Überlegung, im mittleren Dienst verstärkt wieder Beamte auszubilden, käme hinzu. Das relativ starre Beamtenrecht führe dazu, dass diese dann eine deutlich höhere Verweildauer hätten. Diese Maßnahmen würden nun in der Verwaltung diskutiert. Von verschiedenen Seiten sei hier bereits Zustimmung signalisiert worden.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Produkthaushalt 2017 – Budget 36 Straßenverkehr - zur Kenntnis

Punkt 3 **Aufenthaltsbeendende Maßnahmen: Daten und Fakten über die Rückführungspraxis im Kreis Unna;
mündlicher Bericht**

Erörterung

Herr Krusel erinnert an eine Vereinbarung im Vorfeld, nach der das Flüchtlingsthema durch diesen Ausschuss regelmäßig behandelt werden soll. Er schlägt nun vor, dieses Thema nur noch dann auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Verwaltung es für eine Behandlung als wichtig erachte. Die Verwaltung könne auch einen Bericht unter „Mitteilungen der Verwaltung“ halten. Selbstverständlich könnten die Ausschussmitglieder bei Relevanz bei ihm als Vorsitzendem oder der Verwaltung Diskussionsbedarf zu diesem Thema anmelden. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

Herr Wigant erläutert ausführlich die Präsentation „Aufenthaltsbeendende Maßnahmen durch die Ausländerbehörde des Kreises Unna“ (s. Anlage 3) und erklärt die Verfahrensschritte der Aufenthaltsbeendigung, die durchgeführt würden, wenn nach der Entscheidung des BAMF das gesamte Verfahren beendet sei. Die Anerkennungsquote liege zurzeit bei ca. 60 Prozent, so dass etwa 40 Prozent der Antragsteller nicht bleiben dürften. Ausführlich erklärt er die Gründe für Duldungen (Folien 13 bis 20).

Herr Bangert und Frau Küpper stellen Fragen zu Petitionen und zur Anschaffung des Abschiebeautos, die von Herrn Wigant und Herrn Adam beantwortet werden.

Punkt 4 **Krisenmanagement des Kreises Unna im Zusammenhang mit dem Telefonnetzausfall am 03.11.2016;
mündlicher Bericht**

Erörterung

Herr Bongers berichtet zum kreisweiten Ausfall der Notrufverbindungen 110 und 112 am 03.11.2016 anhand der Präsentation „Krisenmanagement 32.3“ (s. Anlage 4). Die Rücksprache sei mit dem bundesweit agierenden Leitstellen-Service der Deutschen Telekom in Meschede erfolgt, der bei Notrufausfällen zu Dienstleistungen herangezogen werde. Dieser habe relativ zeitnah erklärt, dass die Störung von einem Netzknoten am Ortsnetz Unna, Vermittlungsstelle Kantstraße, ausgehe. Da die Leitstellen der Feuerwehr und der Polizei in

stellte und einsatzbereite Wasserversorgungseinheit nicht nur für den Kreis Unna, sondern auch für überörtliche Ereignisse wie z. B. Elbehochwasser (externes Notfallmanagement).

2. Busdienstleistungen für die Erstaufnahmeeinrichtung in Unna-Massen

Herr Adam informiert darüber, dass die Ausschreibung für die Busdienstleistungen für die Erstaufnahmeeinrichtung in Unna-Massen in zwei Losen erfolgt sei: Zum Einen gehe es um die tägliche Fahrt zum Hauptbahnhof nach Dortmund für die Personen, die nicht in NRW bleiben dürften und in andere Bundesländer reisen müssten; zum Anderen um Fahrten zu verschiedenen Zielen in NRW, weiter in die zentralen Unterbringungseinrichtungen. Er erinnert an den Beschluss des Kreistages zur entsprechenden Vergabe vom 28.06.2016. Nach dem Start am 01.09.2016 hätte ein günstigstes Angebot von einem Bieter aus dem Kreis Unna vorgelegen. Nachdem die ersten Rechnungen eingegangen seien, habe man festgestellt, dass diese hinsichtlich der Streckenangaben überhöht erschienen seien. Nach Gesprächen mit dem Bieter habe die Verwaltung feststellen müssen, dass sich dieser nicht sorgfältig mit den Ausschreibungsunterlagen auseinandergesetzt habe und davon ausgegangen sei, jeden gefahrenen Kilometer auch bezahlt zu bekommen. Faktisch sei die Ausschreibung von der Verwaltung aber darauf angelegt worden, dass diese nur die besetzten Kilometer zahle, was durch Rundschreiben an die Bieter auch ausdrücklich klar gestellt worden sei. Nachdem dem Bieter dies klar gemacht worden sei, habe dieser, so Herr Adam, glaubhaft versichert, dass er die geforderten Leistungen über die Laufzeit von zwei Jahren unter diesen Kostengesichtspunkten nicht tragen könne. Danach habe man gemeinsam mit der Vergabestelle und der Rechnungsprüfung entschieden, dass eine Neuausschreibung der Leistungen erfolgen müsse. Da die Zahl der Flüchtlinge zurückgegangen sei, schreibe man nur noch einen Teil der Leistungen aus. Man befände sich nun in der freien Vergabe und habe am 21.11. die Angebotseinholungen an die Bieter verschickt mit dem Ziel, am 01.02.2017 die Busdienstleistungen mit einem neuen Bieter zu erbringen. Bis zu diesem Zeitpunkt sei der ehemalige Bieter an das von ihm abgegebene Angebot gebunden und müsse die Leistungen erbringen.

3. Kundenbefragung im Fachbereich 36

Herr Sparbrod macht darauf aufmerksam, dass der Fachbereich Straßenverkehr sehr kundenorientiert arbeite. Spätestens mit der Inbetriebnahme des Bürgerbüros im Kreishaus erkenne man dies auch. Vom 07. bis 18. November 2016 habe man eine Kundenbefragung am Standort Bürgerbüro in Unna und auch in der Zulassungsstelle in Lünen durchgeführt. Die Antwortbögen lägen nun zur gemeinsamen Auswertung mit dem Controlling vor. Von 3.421 Besuchern hätten 1.650 (42,6 Prozent) Kunden einen ausgefüllten Fragebogen abgegeben. Das Ergebnis der Auswertung werde in der nächsten Sitzung vorgestellt.

Anfrage zum Thema „Mobile Retter“

Herr Kersting verweist auf einen Presseartikel mit der Aussage, dass die mobilen Retter seit sechs Wochen zum Teil eingesetzt würden. Diese ersten Einsätze seien erfolgreich verlaufen. Er wolle nun wissen, ob die Verwaltung über erste Erfahrungen hinsichtlich dieser Einsätze berichten könne.

Herr Wigant erklärt, dass es sich nicht mehr um 304, sondern aktuell bereits um 359 Retter handle. Herr Bongers habe zu Beginn eine Monatsanalyse hierzu erstellt. Die Quoten von zwei Drittel Übernahmen hätten ziemlich genau mit den Gütersloher Erfahrungen übereingestimmt. Nach Erstellung einer Hochrechnung über ein Jahr läge der Kreis Unna mit 359 Rettern ungefähr auf dem Niveau von Gütersloh mit 500 Rettern.

Für die nächste Ausschusssitzung werde er, nachdem die Retter dann fast sechs Monate im Einsatz seien, einen Erfahrungsbericht mit aktuellen Zahlen geben.

Anlagen

1. Präsentation "Haushaltsplanung 2017, Fachbereich 32"
2. Präsentation "Haushaltsplanung 2017, Fachbereich 36"
3. Präsentation "Aufenthaltsbeendende Maßnahmen durch die Ausländerbehörde des Kreises Unna"
4. Präsentation "Krisenmanagement 32.3 - Telefonnetzausfall am 03.11.2016"
5. Präsentation "System zur Wasserversorgung bei Großbränden und für Hochwassereinsätze im Kreis Unna"

gez. Cornelia Wagner
Schriftführerin

ges. Herbert Krusel
Vorsitzender